

VdU-MINT-Kommission

Forderungen an die Politik, März 2018

MINT-Unternehmerinnen im VdU fordern von der neuen Bundesregierung eine klare Priorität für Digitalisierung und den Netzausbau, für exzellente digitale Bildung von der Kita an und für deutliche Erleichterungen bei der Gewinnung von ausländischen Fachkräften.

Die deutsche Wirtschaft droht in Sachen **Digitalisierung** den Anschluss zu verlieren. Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, brauchen wir

- Eine verbindliche und der Dringlichkeit entsprechende Zeitschiene zum Ausbau der digitalen Infrastruktur
- Ein ambitioniertes Ausbauziel von mindestens 500 MB, das flächendeckend und ohne Aufschub umgesetzt werden muss
- Eine flächendeckende mobile Netzabdeckung
- Mehr Free WiFi in Innenstädten zur Stärkung insbesondere des Einzelhandels vor Ort

Grundsätzlich gilt: Schaffung und Erhalt der digitalen Infrastruktur sind Teil der Grundversorgung und daher gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen.

Außerdem ist die Politik gefordert,

- Den Schutz von Unternehmen vor Cyberattacken durch Bekämpfung der internationalen Wirtschaftskriminalität zu stärken sowie entsprechende Qualifizierungen in den Unternehmen zu unterstützen
- Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Daten als Wirtschaftsgut zu setzen und dabei insbesondere im Bereich Smart Data rechtssicheren Austausch von Daten zu ermöglichen und entsprechenden Zugang zu nicht-personenbezogenen Daten zum Zweck einer wirtschaftlichen Nutzung zu schaffen
- Eine funktionierende digitale Verwaltung für Bürger und Unternehmen einzurichten

Ganz entscheidend für eine erfolgreiche digitale Transformation ist eine zielgerichtete Verbesserung der Förderprogramme. Dazu gehört

- Lichtung des Förderdschungels der gegenwärtig rund 2000 Programme, die sich aus Bundes-, Landes- und EU-Mitteln speisen, mit dem Ziel einer Reduktion der Projektträger und der Einrichtung einer möglichst zentralen Plattform
- Deutliche Vereinfachung des Zugangs zu Förderprogrammen, der ohne Lotsen und Berater für alle Unternehmensgrößen gleichermaßen möglich sein muss

- Verschlankung von bürokratischen Antragsformalitäten und verbindliche zeitliche Straffung der Antragsbearbeitung
- Besonderer Fokus und Nachdruck auf digitale Förderprogramme, um in der digitalen Transformation nicht noch weiter ins Hintertreffen zu geraten

Auch in der **Bildung** sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich, um mit der technologischen Entwicklung Schritt zu halten. Die föderale Zersplitterung der deutschen Bildungslandschaft hemmt eine zukunftsgerichtete und bundeseinheitliche digitale Bildung, die allen Heranwachsenden die gleichen Chancen bietet, die digitale Transformation erfolgreich bestehen und aktiv mitgestalten zu können.

Wir fordern

- Einen klaren Fokus auf die Vermittlung digitaler Kompetenzen in allen schulischen und beruflichen Bildungswegen, um gut ausgebildete Absolventen in die Arbeitswelt zu entlassen, die den entsprechenden Anforderungen in den Unternehmen gewachsen sind, und um entsprechende kontinuierliche Weiterbildung von Arbeitnehmern zu gewährleisten
- Heranziehung externer Experten ohne Lehrerausbildung in allen Ausbildungseinrichtungen ermöglichen
- Lehreraus- und Fortbildung fächerübergreifend mit Blick auf digitale Kompetenzen reformieren
- IT-Experten in den Schulen zur Verfügung zu stellen, die zuständig sind für Hardware und Software, damit sich die Lehrer auf die pädagogische Vermittlung von digitalen Lerninhalten konzentrieren können
- MINT-Schwerpunkte und digitale Kompetenzen schon von der Kita an vermitteln

Vor allem müssen wir mehr Mädchen und Frauen gezielt für ingenieurwissenschaftliche und digitale Fächer und Berufsfelder gewinnen. Das gilt insbesondere für den akademischen Mittelbau und vor allem auch für entsprechende Professuren, in denen Frauen nach wie vor stark unterrepräsentiert sind.

Auch in diesem Sinne bringt sich der VdU, federführend vertreten durch die MINT-Kommission, in die Entwicklung des im Koalitionsvertrag angekündigten MINT-E-Portals ein.

Außerdem gilt es, die **Erwerbsmigration qualifizierter Arbeitskräfte** insbesondere in MINT-Berufen rasch und nachhaltig zu erleichtern, um dem grassierenden Fachkräftemangel zu begegnen und den drohenden Verlust an Wettbewerbsfähigkeit vor allen Dingen in Zukunftsbranchen zu stoppen. Die Politik ist gefordert, die Gewinnung ausländischer qualifizierter und hochqualifizierter Mitarbeiter für die Unternehmen zu entbürokratisieren und zu vereinfachen.